

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

305 (30.12.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 8.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 8.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 7.50 M monatlich. — Einzelheft 40 Pf. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 2.20 M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 5 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die wilden Eisenbahnerstreiks im Westen Deutschlands

Te: Eisenbahnerverband verurteilt die wilden Streiks

Berlin, 29. Dez. Der Verband Deutscher Eisenbahner, der dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehört, hat in einer Vorstandssitzung folgenden Beschlus gefaßt:

Die Bewegung in den Direktionsbezirken Köln, Elberfeld und Essen ist als wilde Bewegung anzusehen. Die Zentralleitung der Gewerkschaft lehnt die Teilnahme an dieser Bewegung ab. Die Gewerkschaft steht mit dem Reichsverkehrsministerium in Verhandlungen, die das Ziel haben, eine vernünftige Ortsklasseneinteilung für die Arbeiter mit rückwirkender Kraft und Gleichstellung mit den in der Privatindustrie gezahlten Löhnen anzufachen. Die Verhandlungen sind nach den bisherigen gewerkschaftlichen Grundsätzen zunächst zu Ende zu führen. Erst wenn hier ein Ergebnis vorliegt, kann von der Gewerkschaftsleitung endgültig beschlossen werden, ob das Ergebnis genügt oder ob weitere Schritte zu ergreifen sind. Während der im Gang befindlichen Verhandlungen Teaktionen zu unternehmen, wird als ungewerkschaftlich zurückgewiesen. Das Reichsverkehrsministerium wird ersucht, die eingeleiteten Verhandlungen in positivem Sinn mit Beschleunigung zum Abschluß zu bringen. Die Leitung der Gewerkschaft hat das Vertrauen zu ihren Mitgliedern, daß sie dieser Parole strikte Folge leisten und sich nicht von unbefonnenen Elementen in irdliche Bewegungen hineinziehen lassen. Falls der Zeitpunkt kommen sollte, in dem seitens der Gewerkschaften zum äußersten Kampfmittel gegriffen werden müßte, führt der Weg nicht über begrifflich einseitige Forderungen, sondern kann nur in einer einheitlichen und von den Gewerkschaften möglichst gemeinsam zu betreibenden Aktion zum Ziele gebracht werden.

Ausdehnung des Streiks auf Düsseldorf

Düsseldorf, 29. Dez. Die dem Deutschen Eisenbahnerverband angehörenden Eisenbahner in Düsseldorf haben beschlossen, morgen 6 Uhr in den Streik zu treten. Die Besatzungsbehörde in Düsseldorf hat befohlen, daß die Arbeit weiter fortgesetzt wird. Die in anderen Verbänden organisierten Arbeiter scheinen gewillt zu sein, diesem Befehl zu entsprechen. Heute liefen noch sämtliche Züge aus Köln, Essen und den anderen Stationen mit Ausnahme von Elberfeld planmäßig ein.

Köln, 29. Dez. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat den Streik für Köln auf heute nachmittags 2 Uhr und für den Rhein-Bezirk auf heute abend 10 Uhr ausgerufen. Die Arbeiter in Köln-Bezirk sind heute nachmittags 2 Uhr daraufhin in den Ausstand getreten. Es ist bisher gelungen, den Personenverkehr im Allgemeinen abzuwickeln, doch sind im Güterverkehr bereits erhebliche Behinderungen eingetreten.

Umleitung des Verkehrs

Berlin, 29. Dez. Zu dem Eisenbahnerstreik meldet die „A. Z.“ weiter: Die Berliner Züge werden an den Grenzen der Bezirke zum Teil umgeleitet. In den Bezirken Köln und Essen soll die Arbeit in der Nacht zum 30. bzw. am 30. vormittags

niedergelegt werden. In dem Streik beteiligen sich vorläufig nur der Eisenbahnerverband; jedoch haben die übrigen Organisationen erklärt, keine Streikbrecherarbeit verrichten zu wollen. Die Eisenbahnerverbände mit dem Westen sind vorläufig noch über die Städte Düsseldorf, Duisburg und Oberhausen aufrecht erhalten. Dagegen ist die Verbindung über Elberfeld gestört.

Teilweise völlige Unterbindung des Verkehrs

Düsseldorf, 29. Dez. Zu dem Eisenbahnerstreik melden die „Düsseldorfer Nachrichten“ aus Elberfeld, daß infolge der Behinderung des Güterverkehrs durch Ausfähdie in Barmen gestern mittag der gesamte Güterverkehr stillgelegt werden mußte. In den Nachmittagsstunden erfuhr die Strecke eine Verfrüherung. Der Reiseverkehr zwischen Düsseldorf und Elberfeld war am Abend vollständig unterbunden. Auch auf der Strecke Elberfeld—Hagen hatte der Verkehr. Viele Reisenden waren zu unfreiwilligem Aufenthalt in den Wuppertälern gezwungen. Auch im Verband und in der Ausfuhr von Gütern machte sich der störende Verkehr empfindlich bemerkbar. Die Interalliierte Kommission hat die Streikleitung ersucht, ihre Transportverpflichtungen auszuführen, was ihr von der Streikleitung zugestanden wurde.

Ausdehnung des Streiks in Elberfeld

Elberfeld, 29. Dez. Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Elberfeld ist im Streik der Eisenbahner dadurch erneut eine Verschärfung bzw. Ausdehnung eingetreten, daß neben dem Deutschen Eisenbahnerverband nunmehr auch die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner in Barmen-Kittlerhausen die Streikparole ausgegeben hat. Die Eisenbahndirektion Elberfeld ist weiter bemüht, Lebensmittel- und Kohlenzüge heran zu bekommen.

Das Reichsverkehrsministerium über die augenblickliche Lage

Berlin, 29. Dez. Ueber die augenblickliche Lage der Eisenbahnerbewegung wird vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilt, daß nach den heute vormittag vorliegenden Berichten in Köln noch gearbeitet wird. In Essen soll heute vormittag eine Funktionärerversammlung darüber entscheiden, ob die Eisenbahner die Arbeit niederlegen. Im Direktionsbezirk Elberfeld wird in Hagen und auf dem Bahnhof Barmen gestreikt. Diese Station hat infolgedessen eine besondere Bedeutung, als dort die Ruhrschiffahrt einmündet. An verschiedenen Stellen ist der Betrieb durch Streikende verhindert worden. Ueber die Verwendung von Schutzpolizei liegen bisher noch keine Meldungen vor. Die Beamten beteiligen sich an dem Streik nicht.

Der Ernst der Situation — Die Regierung will jedoch sich dem Ultimatum nicht beugen

Berlin, 29. Dez. Im Reichsverkehrsministerium ist man sich der Tatsache bewußt, daß eine Störung im westlichen Kohlengebiet das Verkehrsleben an der empfindlichsten Stelle trifft, und daß es einer Ausbreitung des Ausstandes auf die anderen Teile des Reichsgebietes gar nicht bedürfe, um unfernen Eisenbahnverkehr wegen der geringen Kohlenvorräte und weiter auch die Gasversorgung und andere wichtige Betriebe sehr bald lahm zu legen. Trotzdem könne die Regierung, wie von autoritativer Seite versichert wird, sich dem Ultimatum der

Eisenbahner in den Bezirken Elberfeld, Köln und Essen nicht beugen. Auch die große wirtschaftliche Not, die ein auch nur kurze Zeit andauernder Eisenbahnerstreik über das ganze Reich bringen müßte, könne die Regierung nicht unter den Terror des Eisenbahnerpersonals zwingen; man müsse befürchten, daß diese furchtbare Waffe in kurzer Zeit wieder angewandt würde.

Verhandlungen in Berlin zwischen der Organisation und der Regierung

Berlin, 29. Dez. Während die Vorstandsmitglieder des allgemeinen Verbandes sich heute früh nochmals zum Reichsverkehrsministerium begeben haben, um die Beilegung der bestehenden Differenzen zu versuchen, ist der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes heute früh zu einer besonderen Sitzung zusammengetreten, um sich mit der Ablehnung des Ultimatum der Eisenbahner durch das Reichskabinett zu befassen. Noch für heute abend ist eine Versammlung aller Funktionäre, Zentralabteilung und aller Bevollmächtigten des Deutschen Eisenbahnerverbandes Groß-Berlins einberufen worden, um zu den eventuellen Ereignissen des heutigen Tages im Streitgebiet Stellung zu nehmen und durch einen Beschluß die Haltung der Groß-Berliner Eisenbahner festzulegen. Diese Versammlung kann von ausschlaggebender Bedeutung für den weiteren Verlauf der Dinge werden.

Anforderung zur Wiederaufnahme des Dienstes, andernfalls Entlassung

Berlin, 30. Dez. Im Reichsverkehrsministerium haben gestern Vertreter der Eisenbahnbeamten um Auskunft, was die Regierung zu tun gedenke, um einer Beunruhigung der bis jetzt dem Streik ablehnend gegenüberstehenden Eisenbahnbeamten vorzubeugen. Der Vertreter des Ministers erklärte, daß alle Vorbereitungen zur Durchführung des beschränkten Personenverkehrs getroffen wären. Mit Verächtern des Tarifgebankens könne nicht verhandelt werden.

Die Präsidenten der betroffenen Direktionsbezirke werden die Streikenden zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auffordern, widrigenfalls fristlose Entlassung erfolgt.

Der Streik im Kölner Bezirk ausgebrochen

Köln, 30. Dez. In einer Bezirkskonferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurde gestern beschlossen, daß um 2 Uhr nachmittags im gesamten Eisenbahndirektionsbezirk Köln der Streik proklamiert würde. Es kommen für diesen Bezirk 25—30 000 Streikende in Betracht.

Vorläufig nach Ruhe in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 30. Dez. Im Gegensatz zu den Direktionsbezirken Elberfeld, Köln, Essen, wo die Eisenbahner bereits vor einem Streik stehen, ist es im Bereich des Direktionsbezirks Frankfurt a. M. bisher völlig ruhig. Die im Deutschen Eisenbahnerverband organisierte Mehrheit der Eisenbahner hat erst für Freitag eine Vollversammlung sämtlicher Betriebsräte und Vertrauensmänner einberufen.

Die Konferenz in Cannes — Um die Reparationen

Die „Frankfurter Zeitung“, erhält aus London die folgende Meldung:

London, 28. Dez. Obwohl der Bericht über das Ergebnis der Londoner Aussprache zwischen Lloyd George und Briand, weiß er aus bester Quelle stammt, keiner Bestätigung bedarf (siehe Leitartikel in der gestrigen Ausgabe des „Volkshfreund“). Die Red., ist doch ermächtigter, daß der Pariser Korrespondent der „Morning Post“ es heute ebenfalls ausdrückt, daß eine Beschränkung der Deutschland aufzuerlegenden Varszahlung für 1922 auf 500 Millionen vereinbart sei. Der Korrespondent fügt allerdings hinzu, indem er den „Intransigent“ zitiert, daß wegen des schärfsten Widerstandes Belgiens, dessen Priorität durch die Abmachung gefährdet werde, eine drastische Abänderung der vereinbarten Lösung durch den Obersten Rat in Cannes mehr als möglich sei. Wie berichtet, ist die Haltung Belgiens von großer Wichtigkeit. Die in dieser Beziehung in London herrschende Zuversicht scheint jedoch anzudeuten, daß besonders England entweder durch Neuverteilung der Reparationszahlungen oder durch Regelung der interalliierten Schulden eine Einigung gegebenenfalls zu erreichen bereit sei.

Der Teilnahme des amerikanischen Vorkämpfers in London, Garben, an den Beratungen von Cannes kommt nach dem „Manchester Guardian“ eine größere Bedeutung zu als seiner Anwesenheit in Sitzungen des Obersten Rates in früheren Fällen.

10 Tage Konferenzdauer

Paris, 29. Dez. Nach einer Spasmeldung aus London glaubt man dort, die Konferenz in Cannes werde wenigstens 10 Tage dauern. Es sei wahrscheinlich, daß die Konferenz der alliierten Außenminister, die ursprünglich in Paris stattfinden sollte und die sich mit der Orientfrage befassen soll, mit der Konferenz in Cannes verbunden werden wird.

Keine Wirtschaftskonferenz — Keine allgemeine Revision der Reparationen auf dem Programm

London, 29. Dez. Dem „Daily Express“ zufolge hat Präsident Harding endgültig beschlossen, keine Wirtschaftskonferenz einzuberufen. Dagegen werde er versuchen, vom Kongreß die Befugnis zu erhalten, eine Regelung der alliierten Schulden zustande zu bringen. Eine allgemeine Revision der Reparationszahlungen siehe augenblicklich nicht auf dem Programm der Konferenz von Cannes. Der Oberste Rat werde jedoch zu entscheiden haben, was Deutschland in bar oder in Waren während des Jahres 1922 zu zahlen habe.

Die Antwort der Reparationskommission

Paris, 30. Dez. Die Reparationskommission hat gestern abend folgende Mitteilung ausgegeben: Die Reparationskommission hat die Vertreter der Deutschen Regierung, Staatssekretär Fischer, Ministerialrat Frensdelenburg und Regierungsrat v. Derken empfangen. Die deutschen Delegierten richteten an die Reparationskommission die Frage, ob sie es für nötig halte, eine sofortige Antwort auf den Brief vom 16. Dezember ds. J. zu erhalten. Die Kommission antwortete, daß die deutsche Regierung allein über die Zweckmäßigkeit zu entscheiden hätte, die es für sie haben könne, auf den Brief der Reparationskommission vom 16. Dezember sofort oder später zu antworten. Jedoch könne die Forderung auf Zahlungsaufschub, die von der deutschen Regierung in ihrem Schreiben vom 14. Dezember gestellt worden sei, von der Reparationskommission nicht geprüft werden, bevor sie nicht die in ihrem Schreiben vom 16. Dezember verlangten näheren Auskünfte erhalten habe. Die deutschen Delegierten dankten sodann die Reparationskommission, die weiteren Verhandlungen bis Freitag oder Samstag zu verschieben.

Lloyd George, England und Irland

London, 29. Dez. Lloyd George hat aus Cannes ein gestern vom Foreign Office veröffentlichtes Telegramm gefandt, in dem es heißt: Klein Staatsmann Englands hätte in der irischen Frage größere Zuversicht machen können. Das Lon-

doner Abkommen stellt Irland auf den gleichen Fuß mit anderen Mitgliedern des britischen Reiches. Die Ablehnung oder nur die Abänderung des Vertrages durch den Dailiream oder durch Großbritannien würde das ganze Abkommen null und nichtig machen. Das würde im Interesse beider Länder zu bedauern sein.

Die Entscheidung über die Deutschen Werke

Berlin, 30. Dez. Wie die Telegraphen-Union von best unterrichteter Seite erfährt, ist die Entscheidung der Vorkonferenz in der Frage der Deutschen Werke gestern tatsächlich gefallen. Die Note, die sehr umfangreich ist und die technischen und sonstigen Einzelfragen sehr eingehend behandelt, wird z. B. noch von einem Auslaß der Wirtschaftskonferenz paraphrasiert und ergänzt. Im übrigen kommt das Schriftstück zu dem Schluß, daß die Entente nicht auf der Verklörung, sondern auf einem Umbau der Deutschen Werke besteht, der die Sicherheit und Garantie dafür bietet, daß die Deutschen Werke in Zukunft keinerlei Kriegsmaterial herstellen können.

Man glaubt, daß die Note übermorgen in Berlin eintreffen wird, und noch am selben Tage der Öffentlichkeit unterbreitet werden kann.

Die Pariser Finanz- und Industrie-Konferenz

Paris, 30. Dez. Die Pariser Finanz- und Industriekonferenz wurde gestern mit einem Diner im Hotel Grillon, in dem auch Dr. Rathenau wohnte, begonnen. Gestern nahmen auf Einladung Loucheurs nur englische und französische Vertreter teil, doch sollen in der Folgezeit auch deutsche, österreichische, ungarische, tschechische und vielleicht auch russische Vertreter der Finanz- und Industrie hinzugezogen werden. Die Konferenz hat den Zweck, einen von Lloyd George und Briand ausgearbeiteten Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und besonders Mittel-europas zu prüfen. Die Arbeiten der Konferenz sollen am Samstag abgeschlossen werden.

Der Deserteur und sein militärischer Dienstmann

Die Veröffentlichung des Briefwechsels Wilhelm-Sindenburg hat eine umfangreiche Presserörterung über die Flucht des Kaisers am 9. Nov. 1918 ausgelöst. Wilhelm behauptet in seinem Schreiben an Sindenburg darüber folgendes:

Wie Sie wissen, habe ich mich zu dem schweren, fürchterlichen Entschluß, außer Landes zu gehen, nur auf Ihre und meiner übrigen berufenen Ratgeber dringende Vorstellungen durchgerungen.

Mit diesem Satz versucht Wilhelm, die Autorität Sindenburgs schützend vor den Mafel seiner Ausreisepolitik zu stellen. Nun erinnert die „Post, Bl.“ daran, daß Sindenburg selber vor Jahr und Tag eine ganz andere Darstellung der Dinge gegeben hat. Im Juli 1919 veröffentlichte die deutschnationale Presse eine Erklärung Sindenburgs, in der es heißt:

Der Generalfeldmarschall verließ den Kaiser um 5 Uhr, nicht mit dem Gedanken der Trennung, sondern in der festen Überzeugung, seinen kaiserlichen Herrn am nächsten Tage wiederzusehen und seine endgültigen Befehle entgegenzunehmen. Gegen 11 Uhr kam der Generaloberst v. Pleß zum Generalfeldmarschall in dessen Geschäftsgebäude und teilte ihm mit, daß Seine Majestät sich inzwischen entschlossen habe, dem Vortrag am Nachmittag entsprechend, nunmehr nach Holland abzureisen.

Die Erklärung sagt weiter, der Generalfeldmarschall habe von der am 10. November erfolgten Abreise „erst erfahren, nachdem sie ausgeführt war“.

Also: Wilhelms Brief stellt Sindenburg als den geistigen Urheber der Flucht nach Holland dar, in Sindenburgs Darstellung vom Juli 1919 erscheint der Feldmarschall als der durch die Abreise Wilhelms vollkommen Ueberraschte. Die feine Ausreisepolitik der „Majestät“ mit dem sonst so großen Mundwerk wird durch alle Versuche nicht beschönigt werden können.

Rosa Luxemburg keine Bolschewistin

Die Veröffentlichung der hinterlassenen Schrift Rosa Luxemburgs hatte die KPD in Verlegenheit verriet. Schließlich tat die Zentrale, was sie in allen Angelegenheiten tun pflegt: Sie verteidigte sich hinter einer Erklärung Klara Zetkins. In dieser Erklärung wurde behauptet, die Broschüre Rosa Luxemburgs enthalte nicht der Auffassung, die Rosa Luxemburg nach ihrer Befreiung aus der Schubhaft und bis zu ihrer Ermordung in der Öffentlichkeit vertreten habe. Gegen diese Darstellung protestiert nun Paul Ränge, einer der Mitbegründer des Spartakusbundes, in einer Zuschrift an die „Freiheit“.

„Was Klara Zetkin schreibt, ist falsch. Rosa Luxemburg hat sich nie dazu hergegeben, etwas einfach deswegen zu schreiben, weil es von den Bolschewisten gewünscht wurde. Sie ist auch innerlich nie Bolschewistin geworden; sie wünschte nicht, ein politisch unwillkürliches Proletariat durch demagogische Mittel zu beherrschen; sie wollte vielmehr die politische Intelligenz und Tatkraft des Proletariats steigern, damit es Herrscher werde.“

Wenn nach dem Kriege der organisatorische Zusammenschluß des Spartakusbundes mit den deutschen Leninisten durch die Gründung der kommunistischen Partei erfolgt ist, so entsprach das weniger den inneren Wünschen Rosa Luxemburgs, als vielmehr der Absicht, nicht neben dem Spartakusbund eine neue Partei entstehen zu lassen. Das noch heute schwarz auf weiß vorliegende Programm des Spartakusbundes war ein Verbleib, eine Demonstration gegen die bolschewistische Politik. Der Versuch Klara Zetkins, die historische Gestalt Rosa Luxemburgs zu einer Anhängerin der bolschewistischen Politik, zu einer Terroristin zu machen, wird von all denen zurückgewiesen werden, mit denen sich diese gerade in den Januar Tagen 1919 über solche Fragen ausgesprochen hat.“

Aus der Partei

Forchheim, 28. Dez. Kommen den Sonntag (Neujahrstag) veranstaltet die Sozialdem. Partei eine Jahresversammlung. Den unterhaltenden Teil des Programms hat die freie Feuerkraft und der Arbeitergesangverein übernommen. Alle Parteien, freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Volkstheaterbesucher sind eingeladen, mit ihren Familienangehörigen zu erscheinen. Die Feier beginnt abends 7 Uhr und findet im Vereinslokal „Zum Schwanen“ statt.

Effehard

82 Eine Geschichte aus dem neunten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung.)

Gibt's keine besseren Leute zu fassen im Hohenwielser Burgfrieden, Jungfrauen? fragte Herr Spazzo.

Wenn man je eine Sehnsucht hätte, war Pragedis' Antwort, so sind die besseren Leute ausgeritten und fahren in Nacht und Nebel herum und kommen erst am hellen Tage in einem Aussehen wieder heim, daß man meinen könnt', sie hätten Irrelichter eingetangen wollen.

Da hatte Herr Spazzo seinen Teil. Er hatte aber ein Gefühl geist, von seinem nächsten Mit samt Rudardrauf und since luna kein Wörtchen zu verplaudern. Wozu soll ich Euch helfen? fragte er demüthig.

Eine Laube herrichten! sprach Pragedis. In abendlicher Sommerhitze will die Herzogin hier Hof halten — es sollen Geschichten erzählt werden, alle Geschichten, Herr Kämmerer, je wunderbarer desto besser! Unsere Herrin hat das Lateinische fast bekommen, sie will was anderes, Ungeschriebenes, Einheimisches, Ihr müßt auch Euer Scherzlein beitragen.

Gott sei meiner Seele gnädig! sprach Herr Spazzo, wenn unter einer Frauen Herrschaftsführung nicht alles wunderbar herginge, so müßt man sich noch verwundern. Gibt's keine fahrenden Sänger und Saitenspieler mehr, die um einen Helm voll Weines und eine Hirtenleule die Kehle heiser singen von derlei Mären? Da steigen wir hoch im Werte! Landflüchtige Rosenreißer, Warden und derlei müßige Gesellschaft soll man mit Nutzen anschauen, und wenn sie drum klagen, sei ihnen der Schatten eines Mannes an der Wand verabreicht als Entgelt. Ich dank' für die Ehre.

Ihr werdet tun, was befohlen wird, als getreuer Dienstmann, der noch Rechenschaft schuldig ist über gewisse Geschäftsführungen beim Hohenwielser Weinstock, sprach Pragedis. Es ist doch lustiger, als Latein zu buchstabieren. Gibt Ihr keine Lust, den gelehrten Herrn Effehard anzuhören?

Der Wirt leuchtete dem Kämmerer ziemlich ein. Geht mit den Rudardrauf, sprach er, daß nur das Feldbach spannen. Er stieg zum Hohen auf und festigte die Enden im Geiß. Gegenüber waren hohe Stangen eingeschlagen, von blauer Vogelnestblüte

Um Sein oder Nichtsein der Presse

Die allergrößte Zahl der deutschen Zeitungen rinnt schon seit Monaten schmer um die Erhaltung der Existenz. In geradezu rasenden Sprüngen sind die Preise für alle zur Herstellung einer Zeitung erforderlichen Materialien auf eine phantastische Höhe gegangen.

Soeben haben die Papierfabrikanten zum 1. Januar einen Papierpreis festgesetzt, der einfach als ungeheuerlich bezeichnet werden muß.

Ab 1. Januar kostet ein Waagon Zeitungspapier 70 000 Mark gegen 2050 Mark der Vorkriegszeit.

Und diese ungeheuerliche Preissteigerung ist ganz plötzlich den Zeitungsverlegern gestellt worden.

Die kapitalistischen Methoden, die stellenweise in den wüsten Taumel einer alle Schranken niederbrechenden Profitmacherei ausgeartet sind, bedrohen somit aufs ernsteste auch die Existenz der Presse.

An der bürgerlichen Presse, die ja ebenfalls um Sein oder Nichtsein kämpfen muß, rächt sich heute ihre, dem kapitalistischen Treiben stets willfährige, zu allen Diensten bereit Haltung.

So muß der Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger diesen Notstand ausstoßen:

„Die deutschen Zeitungen haben von den bis auf das Hundertfünfundzigfache gesteigerten Preisen der Materialien und Herstellungskosten nur einen Teil auf Leser und Inserenten überwälzen können. Nun war der Wagen Druckpapier, der im Frieden 2000 M. kostete, bereits Ende November wieder erheblich verteuert worden, so daß der Preis für Dezember auf 37 000 M. gestiegen war. Pöblich wird hierauf ein weiterer sofortiger Aufschlag nochmals um mehr als das Doppelte des Friedenspreises verlangt, und hierzu kommen die Erhöhungen der Löhne. So wachsen plötzlich die gesamten Produktionskosten in riesigen Summen zusammen, zu denen auch eine Verbilligung der bisherigen Bezugspreise in gar keinem Verhältnis stände.“

Ob und wie lange noch unter diesen Umständen überhaupt das Zeitungsgewerbe aufrechtzuerhalten ist, darüber herrschen in den Kreisen der Sachverständigen die schlimmsten Befürchtungen.

Naturngemäß ist die Arbeiterpresse durch diese Lasten auf das allerhärteste getroffen worden.

Wenn bei dieser Wendung der Dinge zum Katastrophen, die Sozialisten ihrer Presse nicht die Treue halten würden, ist mit der großen Gefahr zu rechnen, daß die Arbeiterbewegung ihre vornehmste Waffe im Kampfe, eben ihre Presse, einbüßt.

Niemand täusche sich über den Ernst der Situation!

Ingeachtet der horrenden, so plötzlich eingetretenen Steigerung der Materialpreise muß wohl oder übel eine abermalige

Erhöhung des Bezugspreises den Abonnenten zugemutet werden.

Der „Volksfreund“ wird ab 1. Januar pro Monat 12 Mark

kosten. Selbstverständlich müssen, da die Auflage für alle Zeitungen eingetreten ist, auch die bürgerlichen Zeitungen ihre Bezugspreise erhöhen. Sie werden für alle täglich erscheinenden karlsruher Zeitungen mindestens 12 Mark pro Monat betragen.

Wir wissen sehr wohl, daß die neue Erhöhung für unsere Leser bedeutet, die zum übergroßen Teil der wertvollen Bevölkerung angehören, die ohnehin aufs schwerste mit den Nöten des gegenwärtigen Lebens zu ringen hat. Aber, ohne eines Kampforagan steht die wertvolle Bevölkerung dem kapitalistischen Wüten und Toben beinahe ganz machtlos gegenüber.

Die Arbeiterpresse hält den Arbeitern, Angestellten und Beamten stets die Treue, wir erwarten, daß die Arbeiterpresse auf den gebotenen Gegendienst bestimmt rechnen kann.

Redaktion und Verlag des „Volksfreund“.

Das unergänzte Reichskabinett

Wiederholt ist in den letzten Monaten die Frage erhoben worden, wann die bisher unbesetzten Ressorts des Reichsaussenministers und des Reichsfinanzministers ausgefüllt werden sollen bzw. aus welchem Grunde dies bisher nicht geschehen sei? Die Diskussion ist bisher weiter geschleppt worden, ohne daß irgend eine amtliche Stelle es für erforderlich hielt, Stellung zu nehmen und den Fragenden Auskunft zu erteilen. Inzwischen hat sich eine Situation ergeben, die das Fortbestehen des gegenwärtigen Zustandes als schlichtweg unmöglich erscheinen läßt. Die außenpolitische Gestaltung der Dinge, die Ausprägung des Reparationsproblems, die bevorstehende Konferenz in Cannes usw. machen es unbedingt erforderlich, daß Deutschland endlich den Außenministern der Entente einen eigenen Außenminister zu präsentieren imstande ist. Wenn heute die Forderung nach einer schleunigen Besetzung des Außenministerpostens erneut erhoben wird, so soll damit der Persönlichkeit wie den Fähigkeiten des Reichskanzlers Dr. Brüch keinen Abbruch getan werden. Wer die Geduldlosigkeit seiner Politik hat, wird Anfangen bis zum gegenwärtigen Augenblick verfolgt hat, wird nicht im Zweifel über die großen Qualitäten dieses Mannes sein. Dennoch ist es aus grundsätzlichen wie aus taktischen Erwägungen unmöglich, daß Herr Dr. Brüch, der durch seine Kanzleramtstätigkeit mehr als genug belastet ist, auch weiterhin das Ressort des Außenministers verwalte.

Nicht anders steht es mit dem Ressort des Finanzministers. Was von den Fähigkeiten des Kanzlers Dr. Brüch gesagt wurde, darf nicht ohne weiteres auf den Reichsfinanzminister Dr. Herms übertragen werden, gegen dessen fachliche Qualifikation doch wohl in allen Verbrauchertreuen stärkste Bedenken bestehen. Dennoch vermag dieser Mann nebenher das Ressort des Finanzministers, und dies bei einem Zustand unserer finanziellen Verhältnisse, daß auch der geschulteste Finanzkennner Schwierigkeiten haben dürfte, den Etat einigermaßen zu balanzieren. Soll das Reichsfinanzministerium imstande sein, seine Aufgaben auf dem Gebiet der Volksernährung auch nur einigermaßen zu lösen, so muß es von dem gewaltigen Komplex der Finanzfragen endlich entlastet werden.

Worauf wartet man? Es läßt sich nachgerade der Eindruck nicht vermeiden, als wollten gewisse Reichsstellen die unbesetzten Ressorts der Deutschen Volkspartei reservieren. Es herrscht Grund zu der Annahme, daß es gerade führenden politischen Kreisen nicht erwünscht ist, diese Überzeugung als in der Bevölkerung vorherrschend zu wissen. Mögen sie dafür sorgen, daß endlich durch die schleunige Ergänzung des Kabinetts mit den richtigen Männern jener Verdacht aus der Welt geschafft wird.

Die „Soziale Praxis“ über die Forderungen der Beamten

Die bekannte Zeitschrift „Soziale Praxis“, die stets ehrlich und energisch nicht nur für die berechtigten Forderungen der Arbeiter, sondern auch der Angestellten und Beamten eingetreten ist, richtet an die Beamten diese Mahnung anlässlich der neuen Forderungen der Beamten:

„Die neuen Vorschläge der Organisationen sind völlig unannehmbar; ja, wir wollen bei aller Sympathie für die vom Wege einer gewissen gewerkschaftlichen Politik hier leider abirrenden großen und verdienten Organisationen ganz deutlich sagen: sie sind ein Stöckel! In einer Lage, die von der staatlichen Wirtschaft größte Sparmaßnahme erfordert, in einer Lage, die jeden Augenblick dazu führen kann, daß die Entente die Aufwendungen für die Befolgung von Beamten und Angestellten des Staates genau so beschneidet, wie sie das zum Teil im besetzten Gebiet schon getan hat, kann man das Vergehen der Beamtenorganisationen nur als eine Niederträchtigkeit dieser jungen Verbände ansehen und nicht genug bedauern, daß die Arbeiterorganisationen sich von einer solchen verhängnisvollen Politik ins Schlepptau nehmen lassen. Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten immer wieder unsere warnende Stimme erhoben, leider nur gemeinsam mit wenigen Tageszeitungen. Nach diesem wieder kehrt uns die „Soziale Praxis“ schließlich wieder die Parteien des Reichstags, von den Parteien unserer Partei, die den Staat an der Gurgel fassen, kapitalistisch zu erbeuten, wir wollen davon absehen, wie sehr sie durch solche Dinge der junge deutsche Parlamentarismus kompromittiert; aber wir wollen ausdrücklich wiederholen, daß das Bewilligen maßloser Beamtenforderungen einen neuen großen Schritt auf dem Wege zur entsetzlichen Finanzkontrolle über Deutschland darstellt. Es gibt Leute, die einer solchen Kontrolle durchaus nicht mit dem Gefühl, daß sie für unser Vaterland bedeutsam wäre, gegenüberstehen; mancher Deutsche ist über die heutige Lage so entsetzt, daß er einen anderen Ausweg aus der demagogischen gegenseitigen Heberbeugung der Parteien schon überhaupt nicht mehr sieht. Gerade Organisationen aber, die den

hat er sich angeleidet aufs Lager geworfen und im Schlaf gesprochen.“

Meine Laube, hat er gesagt, die du in den Spalten der Felsen dich verbirgst und den Rücken des Gesteines, zeig' mir dein Angesicht, laß deine Stimme klingen in meine Ohren, denn die Stimme ist süß und dein Angesicht schön; und ein Anderer hat er gesagt: Warum küßest du den Knaben vor manen Augen? was hoff' ich und säum' ich noch in löblichen Lenden?

Da schaut's gut aus, küßte Herr Spazzo der Ordechtin zu, habt Ihr das auf dem Gewissen?

Die Herzogin aber sprach zu Burkard: Du wirst selber geträumt haben. Spring' hinauf und laß' deinen Ohm, daß er heruntersteige, wo wir seiner warten.

Sie ließ sich anmutig auf dem thronartigen Sitz nieder. Da kam Effehard mit dem Klosterknecht an den Garten. Er sah blaß aus; sein Bild war unruhig und trüb. Er neigte sich stumm und setzte sich an des Tischs entgegengesetzt Ende. Burkard wollte seinen Schemel zu Füßen der Herzogin rücken wie gestern, da sie Virgil lasen, aber Effehard fund auf und zog ihn an der Hand zu sich herüber. Hierher! sprach er. Die Herzogin ließ ihn gewähren.

Sie schaute in die Runde. Wir haben gestern behauptet, sprach sie, daß wir in unsern deutschen Sagen und Geschichten so viel schöne Gelegenheit zur Kurzweil besitzen, als weiland die Römer in ihrem Heidenlied von Aeneas. Und sicher weiß ein jedes von uns etwas von schneller Heiden Fichten und feister Burgen Wreden, von treuer Liebsten Scheidung und feister Könige Vergangnis; des Menschen Herz ist mannigfach geartet, was der eine seitab liegen läßt, mutet den andern an. Darum haben wir die heutige Tagfahrt geordnet, daß von jedem unserer Getreuen, wie das Los entscheidet, ein anmutig Stück erzählt werde, und behalten uns vor, dem hebräischnen einen Preis auszugeben. Siegt einer von euch Männern, so mög' er das alte Trinkhorn gewinnen, das aus König Dagoberts Zeiten her droben im großen Saal hängt; siegt meine treue Pragedis, so wird ein Schmuckstück ihrer harten. Galmzug bestimme den Anfang!

Pragedis hatte hier Grashalme von verschiedener Länge geordnet und reichte sie der Herzogin.

Soll ich für den jungen Verkünder auch ein Halmlein beifügen? fragte sie.

(Fortsetzung folgt.)

Der Wiederaufbau in Oppau

Das Untersuchungsverfahren

Bekanntlich fehlte der Reichstag einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein, das gleiche tat Bayern. Beide Ausschüsse suchten ihre Arbeiten gemeinsam auszuführen oder doch gegenseitig zu ergänzen. Der Untersuchungsausschuss hat auf der Unglücksstelle die Stätte seiner Tätigkeit aufgeschlagen. Mit ihm arbeiten Beamte der Gewerbeaufsicht und der Unfallversicherung. Die vom Verband der Fabrikarbeiter aufgestellte Forderung, daß die Arbeiter und ihre Betriebsvertretung an der Klärung der Sache beteiligt werden, ist erfüllt. Der Arbeiter hat das Recht, Jenseits zu vernehmen, deren Aussagen weiterzugeben, nach eigenen Entschlüssen Anforderungen zur Durchführung der Untersuchung zu stellen und Vorschläge zu machen. Wenn man trotzdem bis heute noch zu keinem Ergebnis gekommen, liegt das an der Größe des Objektes.

Die Hilfsaktion

Bis zur vierten Tagung des Untersuchungsausschusses am 6. und 8. Dezember in Ludwigshafen waren eingegangen beim Hilfsausschuß in Berlin 31 529 686 M., beim Hilfsausschuß in Ludwigshafen 36 586 812 M. In diesen Summen liegen 10 Millionen Reichsmark und ein Vorkurs von der bayerischen Regierung von 5 Millionen Mark. Zur Durchführung der Unternehmung ist das Hilfswerk Oppau bestimmt, dem Vertreter der Gewerkschaften und des Fabrikarbeiterverbandes angehören.

Die Höhe der Unterstüfung an die Hinterbliebenen wird nach Sätzen bemessen, die die Unfallfabrik für ihre Werkangehörigen übernommen hat, das sind 2000 M. Sterbegeld an Angehörige von Verheirateten, 1500 M. an Angehörige Lediger und 50 Proz. des jeweiligen Tariflohnes. Die Verunglückten und Hinterbliebenen solcher, die nicht zum Werte gehören, unterliegen der Zuständigkeit des Staatskommissars. Es besteht die Absicht, die Rente für die Hinterbliebenen auf 80 Proz. des jeweiligen Tariflohnes zu bringen. Die Unfallrenten sollen zum vollen jeweiligen Tariflohn erhöht werden. Nach der Aufstellung des Ludwigshafener Ausschusses sollen die eingegangenen Gelder in erster Linie zur Dedung des Personenschadens in Anspruch genommen werden. Dafür sind zurzeit 30 Millionen Mark in Ansatz gebracht.

Verwüstung und Aufbau

Der Sachschaden ist bislang auf 321 Millionen Mark berechnet worden. Vollständig zerstört sind 312 Haupt- und 366 Nebengebäude. 1450 Gebäude sind beschädigt. Davon sind 76 Wohn- und 177 Nebengebäude bereits wiederhergestellt. 533 Wohn- und 531 Nebengebäude werden zurzeit instand gesetzt. Zur Unterbringung der Personen aus vollständig zerstörten Häusern waren bis zum 6. Dezember 47 große Militärbaracken gebaut, in denen 276 Familien mit 1099 Personen Aufnahme gefunden haben. Der Bau von weiteren 8 großen Militärbaracken ist durch den Zimmererstreik unterbrochen worden; zu einer Ausnahme haben sich die streikenden Zimmerer nicht verstehen können. Die in Baracken Wohnenden leiden natürlich unter den Unbillen der Witterungsverhältnisse und Jahreszeit. Um die Lage erträglicher zu machen, wurden ihnen Heizmaterialien teilweise umsonst überwiesen, daneben haben sie Kartoffeln zu angemessenen Preisen, einzelne Lebensmittel auch kostenlos erhalten.

Der Unglücksfall ist zum größten Teil geräumt. Gesprennt wird vom Tage des Unglücks an nicht mehr. Ein neues auf hydraulischem Druck beruhendes Verfahren ist in Anwendung. Zur Bänderung des Glens reichen die eingegangenen Mittel leider nicht aus, mögen Quellen der Hilfsbereitschaft für die Opfer der Arbeit noch weiter fließen.

August Breh, M. d. R.

republikanisch-demokratischen Gedanken stark betont, sollten sich doch einige Gedanken darüber machen, welcher Schande und welcher Gefahr sie das neue Staatswesen durch unmäßige Anforderungen an seine vernichtete Finanzkraft entgegenstellen. Wir wissen, daß wir mit diesen Ausführungen manchem Freunde in der Beamtenbewegung weh tun, aber wir sind doch auch ganz sicher, daß wir etwas aussprechen, was von vielen Tausenden denkender Beamten genau so empfunden wird wie von uns. Die Reichsregierung muß gegenüber allen Anforderungen, die über technische Verbesserungen des letzten Tarifs hinausgehen, steinhart bleiben und einen etwaigen Beamtenstreik mit der sofortigen Entlassung derjenigen Beamten, die zurzeit entbehrlich werden können, beantworten."

Das Zentrum für ein Steuerkompromiß

Die „Germania“ äußert sich eingehend über die innenpolitischen Vorbereitungen zu den Entscheidungen, die in wenigen Tagen in Garmisch fallen werden. Dazu meint nun das Zentrum:

„Der Reichstag hat schon begonnen, diesem Stand der Dinge seine Aufmerksamkeit vollkräftig zuzuwenden. Er hat die Verfechtung der Defizitwirtschaft in der Reichspostverwaltung mit anerkannter Energie in Angriff genommen, trotzdem es nicht an lauten Widersprüchen aus den am schwersten betroffenen Wirtschaftskreisen gefehlt hat. Aber außergewöhnliche Notwendigkeiten erzwangen eben auch das Betreten außerordentlicher Wege. Wie bei der Post, so muß es auch bei der Reichsfinanzverwaltung geschehen, so muß es zuletzt in der Steuerfrage geschehen. Wir dürfen es in unserer Politik, mag sie zunächst noch so sehr innerdeutschen Charakter tragen, keinen Augenblick die außenpolitischen Bindungen außer Acht lassen. Wer diese Bedeutung der dem Reichstag vorliegenden Steuerfrage bedingt, der wird mit uns dafür eintreten müssen, daß und die ganze Steuerfrage durch ein schnelles und großzügiges Kompromiß erledigt wird.“

„Sehr schön. Die Wege, die bei der Reichspost beschritten werden sind, halten wir für falsch. Ein „großzügiges“ Steuerkompromiß wird aber nur dann zu erreichen sein, wenn der Besitz möglichst restlos und gemäß seiner großen steuerlichen Leistungsfähigkeit erfaßt wird. Kompromisse in der umgekehrten Richtung wären verhängnisvoll und für uns unannehmbar.“

Die vorstehende Auslassung der „Germania“ wird durch die folgende Nachricht ergänzt:

Berlin, 30. Dez. Wie dem „Berl. Volksanzeiger“ zufolge aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Reichskanzler Dr. Brüning vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags die Führer der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu einer Besprechung einladen, um ihnen nahezu legen, sich über ein Kompromiß über die Steuererforderungen zu einigen.

Gewerkschaftliches

Die Betriebsratswahlen beim Reichspostministerium

Ueber die vom 15. bis 17. Oktober ds. Js. stattgefundenen Zentralbetriebsratswahlen liegt das endgültige Ergebnis jetzt vor. Gegenüber 1920 ist die Zahl der Wahlberechtigten um etwa 36 Prozent zurückgegangen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß im letzten Jahr ungewöhnlich ein erheblicher Prozentsatz Postbesitzer usw. in das Beamtenverhältnis überführt worden ist, außerdem darauf, daß auf Grund des Verkehrsrückganges im Laufe des Jahres umfangreiche Entlassungen vorgenommen worden sind. Die Wahlbeteiligung war in diesem Jahre erfreulicherweise stärker als im Vorjahre und beträgt 85 Proz. gegenüber 86 Proz. im Jahre 1920.

Eingereicht waren vier Vorschlagslisten, und zwar vom: Deutschen Verkehrs-Bund, Afa-Bund, Gewerkschaftsbund der Angestellten und von der Deutschen Postgewerkschaft. Abgegeben sind insgesamt 65 550 gültige und 1227 ungültige Stimmen. Davon erhielten Gewerkschaftsbund der Angestellten 1181, Afa-Bund 6562, Deutsche Postgewerkschaft (arbitr.) 6745 und Deutscher Verkehrs-Bund 51 062. Es gibt nach dieser Wahl keinen einzigen Afa-Besitzer in Deutschland, wo nicht der Deutsche Verkehrs-Bund die überwältigende Mehrheit der Wähler und Wahlberechtigten hinter sich hat. Er hat 38 574 Stimmen mehr erhalten als alle übrigen beteiligten Organisationen. Von 65 550 Stimmen sind 57 024 für die freigewerkschaftlichen Verbände abgegeben worden, nur 7826 erhielten die Christlichen und der DAV. Dieses Ergebnis bedeutet für die Christlichen eine glatte Niederlage. Im Jahre 1920 entfiel der Deutsche Verkehrs-Bund insgesamt 10 Mitglieder in den Zentralbetriebsrat, im Jahre 1921 15 Mitglieder, also ein Gewinn von fünf Eigen im Zentralbetriebsrat. Von 17 zu wählenden Mitgliedern für den DAV entfielen die freien Gewerkschaften 16 Mitglieder. Der Ausgang der Wahlen beweist, daß der freigewerkschaftliche Gedanke nicht nur bei dem Post- und Telegraphenpersonal Wurzel gefaßt hat, sondern daß er immer mehr Anhänger findet. Unter Voraussetzung unserer grundsätzlichen Forderungen wurde der Wahlkampf von den freien Gewerkschaften rein sachlich geführt. Von unseren Gegnern, insbesondere den christlichen Gewerkschaften, aber kann das nicht gesagt werden. Wurde doch behauptet, daß die freigewerkschaftlichen Betriebsräte die Konstitutionsfreiheit unterbinden hätten, daß sie ihr Versprechen nicht halten können, daß sie es verstanden hätten, sich persönliche Vorteile zu verschaffen usw. — doch nicht der Schall eines Beweises wurde dafür erbracht. Das von unseren Gegnern angelegte Ende des Deutschen Verkehrs-Bundes läßt in Verbindung mit dem Wahlergebnis auf ein gutes Gedeihen schließen.

Badische Politik

Zum Fall Below-Kantorowicz

Wie wir von zuverlässiger Seite hören, hat das Untersuchungsministerium zu Verlegung der an der Freiburger Universität entstandenen Differenzen einen Erlaß an den Senat gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß es den Schutz der Freiheit der Forschung und Lehre und der staatsbürgerlichen Meinungsfreiheit mit allen Mitteln durchzuführen werde. Da nach den erfolgten Erklärungen des Senats dieser weder durch ein Schreiben an Professor Dr. Kantorowicz noch durch ein ähnliches an Professor Dr. v. Below in die Freiheit der politischen Meinungsäußerung eingegriffen wollte, will das Ministerium des Kultus und Unterrichts die Angelegenheit damit beruhigen lassen, wobei unterstellt wird, daß der Senat die Auffassung des Untersuchungsministeriums über den Schutz der politischen Meinungsfreiheit teile. Professor Kantorowicz wurde hieron verständigt unter Hinweis auf das Fehlen einer Disziplinarverfügung des Senats gegen Privatdozenten und die daraus sich ergebende Rechtslage.

Aus dieser Mitteilung geht zweierlei hervor. Erstens erlaubt man hierdurch — unseres Wissens zum erstenmal — daß der Senat der Universität Freiburg nicht nur an den Professor Kantorowicz, sondern auch an den Professor v. Below ein Schreiben mit billigen Inhalts gerichtet hat. Denn gerade hier sollte die notwendige Kritik sein, daß der Senat nur dem Prof. Kantorowicz wegen seines Verhaltens eine Klage erteilt, den Professor v. Below aber, der den Konflikt eigentlich heraufbeschworen, ungeschoren gelassen hätte. Erwünscht wäre aber jetzt die Veröffentlichung beider Schreiben des Senats, damit eine objektive Beurteilung des Falles möglich ist.

Im Sitzungssaal des Stadthauses in Ludwigshafen, in voller Öffentlichkeit, unter Beisein des Arbeiterrats und Arbeiterrats als Zuhörer, in Gegenwart der Direktion, hat der Untersuchungsausschuß die Gutachten entgegengenommen. Die Gutachten sind mündlich ergänzt, die Ergebnisse von Strengversuchen in der Eisenröhre sind zur Befestigung gestellt, das Ganze in freier Aussprache gewürdigt. Aus der Summe der Gutachten erscheint die Schlussfolgerung berechtigt, daß Ammoniumsalpater am so explosibler wird, je mehr es mit Nitrat angereichert ist. Die entnommenen und unterzuchten Proben ergaben unterschiedlich einen Nitratgehalt bis zu 90 Proz. Eine Nitratanreicherung bis zur Hälfte dieser Menge ergibt bereits Explosionsgefahr. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit kann angenommen werden, daß innerhalb der lagernden Massen explosive Nitratminer entstanden sind. Wie sind die nun entstanden, ist nun die Frage. Die Arbeiter nehmen an, mangelhafte Gewissenhaftigkeit bei Berühren und Mischen der Salze haben das Entstehen der Nitratminer ermöglicht. Die Gutachter neigen zur Annahme, daß Feuchtigkeits eine Auskristallierung bewirkt habe. Ein kleiner Kreis Gutachter ist beauftragt, die Fortschritte der Untersuchung zu verfolgen. Die Untersuchung soll sich dahin erstrecken, ob die Nitratminer durch Lagerung, Witterungseinstöße oder durch Fehler in der Erzeugung entstehen können. Wird die letzte Frage bejaht, dann gewinnt die Behauptung der Arbeiter Bedeutung, die die Erzeugungsfelder in dem Präzisions- und Affektssystem erblicken.

Zweilens versichert das Untersuchungsministerium, daß der Senat keine Disziplinargewalt gegen Privatdozenten besitze. Dieser Hinweis ist durchaus angebracht, denn es wird dadurch festgestellt, daß kein gänzes Vorgehen gegen den Prof. Kantorowicz und Demokraten Kantowicz ein Vorkurs war; der Senat kann Kantowicz nichts anhaben, selbst wenn er das wollte.

In der Angelegenheit liegt dem Landtag bekanntlich ein von den drei Koalitionsparteien eingebrachte Interpellation vor. Sie dürfte wahrscheinlich bei der großen politischen Aussprache die in der 4. Januarwoche stattfindet, behandelt werden.

Landwirtschaftliche Klassenpolitik
Der Hauptvorstand des Badischen Bauernvereins hat in seiner letzten Tagung in seiner letzten Sitzung eine Entschließung angenommen, die zu allen möglichen Fragen Stellung nimmt. Interessant hieraus ist die Ablehnung der Zwangsversteigerung sowie der Nicht- und Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse einerseits und die Bekämpfung der Eisenbahnstarke sowie der steuerlichen Erhaltung der Sachwerte in Hinblick auf die Geldentwertung andererseits. Für die Landwirtschaft verlangt der Bauernverein die aus der Geldentwertung resultierenden Weltmarktpreise — der Steuerverwaltung und der Eisenbahn möchte er jedoch noch mit der alten Mark- und Währungsrechnung aufwarten. Ohne daß damit irgend ein Stigma verbunden sein soll, muß man da schon sagen: wirklich bauernschlau.

Gemeindepolitik

Freiburg, 27. Dez. (Sitzung des Bürgerausschusses). Nach einem Bericht des Freiburger Stadtrats sollen die bisher zur Ausgabe gelangten habsbischen Schuldenverreibungen aus Erbpacht- und Zwangsmittelgrundbesitz in langfristige Schuldverschreibungen umgewandelt werden. Der Bürgerausschuß ist in seiner heutigen Sitzung dem habsbischen Vorschlag einstimmig beigetreten. Nach einer verhältnismäßig kurzen Aussprache wurde auch die neue Besoldungsordnung für die städtischen Beamten und Angestellten angenommen. Die Stadt Freiburg hat nunmehr für ihre sämtlichen Angestellten jährlich über 23 Millionen Mark aufzubringen. Das sind über acht Millionen Mark mehr als bisher. Die Dedung dieser Summe dürfte auf viel Schwierigkeiten stoßen. Der Grundgehalt des Oberbürgermeisters beträgt jetzt 110 000 M., der des ersten Bürgermeisters 90 000 M. und der des zweiten 85 000 M. jährlich. Dazu kommen dann noch die ortsüblichen Teuerungszuschläge.

Kleine badische Chronik

Berghausen, 27. Dez. Die hiesige Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen veranstaltete am Sonntag, 25. ds. Ms., eine Weihnachtsfeier mit Befreiung der hiesigen Kriegswaisen. Der geräumige Saal war dicht besetzt. Die Theaterstücke wurden gut wiedergegeben. Die Befreiung der Kriegswaisen löste große Begeisterung aus. Die Musikabteilung des hiesigen Musikvereins umarmte die Veranstaltung mit ihren schönen Beiträgen. Die Ortsgruppe kann mit Zufriedenheit auf diese gelungenen Veranstaltung zurückblicken.

Berghausen, 27. Dez. Mißstände bei der Steuererrückzahlung. Nicht genug damit, daß die Zahlung der Steuerbescheide lange auf sich warten ließ, mußten auch die betreffenden Interessenten oft stundenlang warten, ja auch unverständlicher Sache wieder nach Hause gehen, um andern Tags wieder zu kommen. Infolge der Niederlegung der Steuerbescheide durch den seitherigen Inhaber hat sich die Auszahlung wesentlich verzögert. Doch hätte sich die Sache vielleicht viel schneller und besser abwickeln lassen, wenn man die Auszahlung Streckenweise oder nach dem Alphabet vorgenommen hätte. Wäander Mißmut und Verger über die verlorene Zeit hätte vermieden werden können.

Walsh, 27. Dez. Der Arbeitervereinsverein Freiburg hielt am 25. Dezember seine Weihnachtsfeier ab. Das Programm war gut zusammengestellt und entsprach so recht der Würde des Festes. Die gelanglichen Leistungen des Vereins, sowie auch die Theaterstücke und Vorträge unterhielten die Festteilnehmer aus beste. Der Vorstand, Strickfaden, der der Festveranstaltung den Willkommengruß entbot, gab seiner Freude Ausdruck über den so zahlreichen Besuch. Das größte Lokal am Platz konnte nicht alle fassen, die sich beteiligten

mussten, ein großer Teil mußte wieder umkehren, weil kein Plätzchen mehr zu finden war. — Nicht zufrieden mit dem schönen Verlauf der Feier wird unser Herr Pfarrer Verberich, Herr Verberich ist kein Freund der Arbeitervereinsvereine. Schon drei Mal besaßte er sich von der Kanzel herab mit der „Freundschaft“. Das hielt Herr Pfarrer Verberich aber nicht ab, an den Arbeitervereinsverein einen Brief zu schreiben, mit dem Ersuchen, der Verein möge in der Zeit vom 17. Dezember bis 2. Januar keine Feier abhalten, weil in dieser Zeit Volksmission sei. Die Verwaltung des Arbeitervereinsvereins hatte aber ihre Feier bereits festgelegt und war außerdem der Meinung, daß Weihnachtsfeiern nicht um die Faschingszeit herum abgehalten werden und somit fand die Feier an dem längst festgelegten Tage statt. In der Missionszeit wurde diese Feier nun Anlaß, um tüchtig den Pfarrfindern zuzusehen und sie zu veranlassen, von der Feier des bösen Arbeitervereins wegzubleiben. Mit welchem Erfolg, das beweist die Weihnachtsfeier am Sonntag! Wir hoffen, daß die Mission auf ihrem wirklichen Gebiet, wo sie hingehört, auf dem sie sich bis jetzt bewegt hat. Auch Herr Verberich dürfte nun endlich ein Einsehen haben und erkennen, daß er mit seinen bisher beliebten Methoden nichts erreicht.

Wöffingen, 28. Dez. Wir haben im letzten Jahre berichtet, daß der hiesige Herr Oberlehrer seinen Unterricht vor den Schülern beendete. Dieses schöne „Wortbild“ hat nun eine Nachahmung gefunden. Jüngst mußte auch der letzte Unterlehrer ein solches „Wortbild“ in Empfang nehmen, diesmal jedoch von einem Bürger der Gemeinde Wöffingen. Während jenes Ereignisses infolge gültiger Rücknahme des Unterrichts auf seinen „Herrn Kollegen Oberlehrer“ vor der Schulbehörde seine Erledigung fand, soll dieser Fall dem Gericht übergeben worden sein, und dürfte der Aussteller diesmal nicht so gelinde davon kommen.

Forstheim, 29. Dez. Selbstmord oder Unglücksfall? Gestern morgen wurde auf der Bahnstrecke Forstheim-Eutingen die Leiche des 50 Jahre alten verheirateten Güterhallenarbeiters Johann Kammert gefunden. Der Kopf war vom Amputee getrennt.

Freiburg, 28. Dez. Der Senior der Deutschen Turner-Gesellschaft, Privatmann Dr. Georg von Langsdorff, ist im Alter von über 100 Jahren hier gestorben. Mit ihm ist zugleich der älteste Einwohner Freiburgs dahingegangen. Georg von Langsdorff hat als junger Student in den Revolutionsjahren 1848/49 eine Rolle gespielt und ist dann über den Rhein geflüchtet. Viele Jahre verbrachte er in Amerika, lehrte später wieder hierher zurück, wo er völlig zurückgezogen lebte.

Freiburg, 29. Dez. Abgefangene ausländische Schieber. Vor einigen Tagen wurde hier von der Polizei eine fünfköpfige Gesellschaft angehalten, welche einen neuen Kraftwagen, welchen sie in Frankfurt a. M. für 210 000 M. gekauft hatten, unter Umgehung der Ausfuhrabgaben nach der Schweiz zu beabsichtigen beabsichtigten. Die Fünfe waren ausnahmslos Schweizer, welche von Kopf bis zu Fuß neu gekleidet waren. Außer den pikantesen Anzügen waren sie im Besitz der teuersten Pelze, Ledertaschen und anderer wertvoller Dinge, die sie sich preislos in Frankfurt oder einer anderen deutschen Stadt unter Ausnutzung der Valuta gekauft hatten. Bei einer förmlichen Durchsuchung entdeckte man in ihrem Schutzwort verhehrt gehaltene goldene Ringe. Sie waren auch in Bezug auf Vermittlung nicht dürftig ausgestattet, denn der „Kerker“ von ihnen hatte den Betrag von 80 000 M. in der Brieftasche. Die Verfassungen mitsamt dem Kraftwagen wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Freiburg, 29. Dez. Die Pächter der städtischen Kleingärten, welche bisher für zwei Ar Gartenland 28 M. Pacht bezahlten, sind auf 70 M. gesteigert worden. Gegen diese Erhöhung haben die Pächter gestern abend in zwei öffentlichen Versammlungen protestiert. — Ein und wieder gelangt es, herbeistehenden Fällen von Wucher auf die Spur zu kommen. Vor allem blüht der Zudenwucher. Ein Kaufmann in der Kunststraße kam zur Anzeige, weil er das Pfund Zuder, das er zu 4.33 M. eingekauft hatte, zu 7.50 M. und 8 M. weiter verkaufte. — Ein 17- bis 18-jähriger Einseitgedieb treibt gegenwärtig in Freiburg sein Unwesen. Derselbe tauchte in letzter Zeit in den verschiedenartigsten Stadtteilen auf und stieg durch offenkundige Aborkfenker in beschlossene Wohnungen ein, aus denen er mit dem borgefundenen Bargeld verschwand.

Burtwangen, 29. Dez. In der Badischen Uhrenfabrik A. G. in der Bregstraße entstand heute morgen gegen 3 Uhr auf noch nicht aufgestellte Weise Feuer. Es brannte in einem Seitengebäude, in dem die Werkstatt für Uhrenzifferblätter und die Platinerei sowie die Kartonnageabteilung untergebracht waren. Der Brand wurde von der Feuerwehr innerhalb einer Stunde gelöscht. Der Betrieb kann weiter aufrecht erhalten bleiben. Der Schaden ist ziemlich bedeutend. Besonders das Wasser richtete erheblichen Sachschaden an. Es handelt sich um ein Gebäude aus Fachwerk, das innen vollständig ausgebrannt ist, während die Außenwände noch stehen.

Waldbühn, 29. Dez. In den Schwierigkeiten im Vorhubsverein Jettele teilt die „Volkswacht“ mit, daß der Verlust ungefähr 8 1/2 Millionen Mark beträgt, der wahrscheinlich teilweise durch die Mitglieder gedeckt werden muß.

Fügen (Ami Dandorf), 29. Dez. Entwischt Zwei Schweiger, die im Grenzland billige Christgeschenke eingekauft hatten, kamen am Christabend hier in Ortsarrest, um am nächsten Morgen nach Waldbühn transportiert zu werden. Am Weihnachtsmorgen waren die beiden aber nicht mehr anwesend.

Der Hühnersturm. Süddeutschland befindet sich jetzt mitten in dem bereits angekündigten ozeanischen Luftwirbel. Mit großer Gewalt segt der Sturm namentlich in der Nacht zum Donnerstag über unser Land hinweg. Dem Spiel der Gewalten sind wieder einmal am meisten die Fernsprech- und Telegraphenleitungen ausgesetzt gewesen. Von Freiburg aus ist das Wiesental nur auf Umwegen zu erreichen. Die direkten Leitungen nach Lörrach, Säckingen, Waldbühn, Zell i. B. usw. sind unterbrochen. Derselben Erscheinungen zeigen sich auch auf den Linien, die nach Württemberg führen. Die Verbindung mit Stuttgart ist z. B. nur auf Umwegen zu erhalten.

Zur Stilllegung der Karlsruher Lokalbahn

r. Märfch, 28. Dez. Mit der Frage der drohenden Stilllegung des südlichen Teils der Karlsruher Lokalbahn beschäftigte sich am vergangenen Montag eine Vertreterversammlung der Sozialistischen Partei aus den Mitgliedschaften Forchheim, Märfch und Durmersheim im Saale zum „Adven“ in Märfch. Die Versammlung war aus den genannten Orten gut besucht. Genosse Gerzner-Märfch leitete die Versammlung mit einem sehr instruktiven Vortrage über die tatsächliche Lage der Bahn ein, wobei er unter Zugrundelegung der Denkschrift des Karlsruher Stadtrats die letzte Bürgerausschüttung von Karlsruhe einer längeren Betrachtung unterzog. Er stellte fest, daß in der Bürgerausschüttung festzustellen war aus Erklärungen und Zwischenrufen, daß ein großer Teil der Karlsruher Gemeindevertreter auch für die Stilllegung des südlichen Teils der Lokalbahn gewillt ist. Diese Absicht dürfe aber nicht verwirklicht werden, denn für die südlichen Orte bedeute die Bahn ein Lebensnerv. Die Aussprache, an der sich Genossen aus allen vertretenen Orten beteiligten, bewegte sich in gleichem Sinne. Man war sich darüber einig, daß in den kommenden Verhandlungen die Rentabilität dieser Strecke und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bahn einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müsse. Es dürfe nicht eintreten, daß 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Schläge wieder in Verhältnisse der 80er Jahre zurückversetzt werden und den Weg von 3-4 Stunden von und zur Arbeitsstelle zu Fuß machen müßten. Ein Antrag der Forchheimer Genossen, in den nächsten Wochen in Forchheim eine öffentliche Versammlung der Bevölkerung sämtlicher an der südlichen Strecke interessierten Gemeinden abzuhalten, wozu auch Vertreter des Stadtrats Karlsruhe eingeladen werden sollen, wurde allgemein für gut gehalten. — Es werden nun besondere Einladungen an die Bevölkerung der betreffenden Gemeinden erfolgen. Es sei aber heute schon auf die Versammlung hingewiesen.

Parteigenossen und Leser des „Volkstrend“
berücksichtigt bei euren Einkäufen die
Geschäftliche Rundschau!
Kauft nur bei den Geschäftsleuten,
die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Theater, Kunst und Wissenschaft
Badisches Landestheater

Aufführung: „Frauentömer“. Lustspiel von Leo Lorenz.
Herr Leo Lorenz, ein gebürtiger Wiener, hat schon mehrfach als Autor gangbarer Theaterwerke Erfolg gehabt. Im großen ganzen scheint er seine Stoffe aus der guten Gesellschaft zu holen; die Art wie er dem Gedächtnis des Publikums entgegenkommt, sichert ihm beifällige Aufnahme. Literarisch interessant ist seine Verfasserschaft einer Komödie „François Billion“ von 1910; die übrigen Sachen dürften mehr dem Tagesbedarf der Bühnen entsprechen und weniger hohe Ansprüche erheben. „Frauentömer“ ist zweifellos ein echtes Kind eines talentvollen Urhebers; nicht gesucht originell, aber auch nicht so nachahmend, daß man auf bestimmte Vorbilder hinweisen könnte. Die manchmal etwas gedehnte Handlung wird ab und zu durch erfrischende Schläge in Fluß gebracht, und das Ganze rollt unterhaltsam, wenn auch wenig überraschend ab, da nach dem ersten Akt der Zuschauer den Ausgang schon erraten kann. Die Lösung des 8. Aktes erscheint etwas zu gewaltsam, fast brutal, und die kleine Susi, bis dahin ein so netter Charakter, entfällt da eine recht unweibliche Pöppe. Enttäuschungen gehen im Leben nicht so im Luftspiel vor sich; Herr Venz hat das nicht erlebt. Aber seien wir dem Dichter dankbar, daß er in diesen drüben Zeiten es vermocht hat, das Auditorium für einige Stunden aufzuheitern. „Menschen, die andere lachen machen, sind die geborenen Dichter“, schreibt Weber-Demotrios. Na also!

Dem Werk kam eine von Herrn Herz muntergiltig besetzte, den Humor kräftig unterstützende Aufführung zu Hilfe, und es schien nicht einmal den Erfolg zu beantragen, daß zwei wichtige Rollen durch Entzählung ihrer Vertreter rasch umbelegt werden mußten. Die Maria Senden des Frä. Müller war mit dem fraulichen Reiz der begehrenswerten Witwe angefüllt, und den Dr. Spemann gab Herr v. d. Trend-Altraci mit der spielerischen Oekonomie und Prägnanz, durch die seine realistische Kunst immer wieder erfreut. Recht im Mittelpunkt des Ensembles stand eigentlich Frä. Lassé mit der tauschischen und natürlich-ungezwungenen Susi, der sie zu einer sehr sympathischen Verkörperung verhalf. Die junge Künstlerin, die mit stichtlichem Ernst und Eifer an sich arbeitet, steigt von Stufe zu Stufe auf der Leiter der Erfolge. Der schlaggeilig und so schon fristerte Kunstprofessor des Herrn Söder war wieder eine dem Leben abgelaufte, in künstlerische Überlebens, vornehm gehaltene und leicht karikierte Salonfigur; Marie Frandorfer als verständige Großmutter hand ihm gleichwertig zur Seite. Es wäre noch der flotte und gewinnende Liebhaber des Herrn Sndlein zu nennen, der recht gemandt spielte, sowie der hochherrschafliche, mit wenig Strichen fein gekennzeichnete Köstliche Diener des Herrn Fik; außerdem der flinke Kellner des

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 30. Dezember.

Geschichtskalender

30. Dezember. 1916 Die Entente lehnt das deutsche Friedensangebot ab. — 1918 Gegenrevolutionärer Putschversuch in München. — 1918 Kosen und Gnesen von Polen besetzt.

Karlsruher Parteianrichten

Sozialdem. Verein. Heute abend 5 Uhr Vorstandssitzung in der „Gold. Krone“ (Ede Amalien- und Douglasstraße). Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Ärzte und Kassenhonorare

Man schreibt uns: In der Samstagnummer des „Volkstrend“ vom 24. Dezember wurde ein Fall geschildert, wo eine Postkassierin, die an Grippe erkrankt war, den Arzt holen lassen wollte. Derselbe kam der Aufforderung der Patientin, welche Mitglied der Postkassenkasse ist, jedoch nicht nach, sondern sandte derselben ein Schreiben, welches anderen Tags in die Hände der Patientin kam; er schrieb, daß er bei der gegenwärtigen starken Inanspruchnahme infolge der herrschenden Grippe weit abgelaufene Besuche, zumal bei Kassenkassenmitgliedern, bei denen durch die Kasse eine ungenügende Entlohnung erfolgt, nicht erledigen könne. Die Patientin solle sich an einen näher wohnenden Arzt wenden.

Dieses Verhalten des betr. Arztes ist vollständig vertragswidrig. Zugegeben, daß ein Arzt, welcher in einem bestimmten Stadtteil wohnt, und nun wegen einem oder zwei Patienten in einen andern Stadtteil soll, dies ungerne tut. Aber wer ist denn an diesem Zustand schuld? Doch die Krankenkassen nicht! Die Ärzte-Organisation hat seit Jahren den Kampf gegen die Krankenkassen für die Einführung der unbeschränkten freien Arztwahl geführt mit der hauptsächlichsten Begründung, jedes Kassenmitglied müsse im Falle der Erkrankung in der Lage sein, den Arzt seines Vertrauens konsultieren zu können. In fast ganz Baden ist die freie Arztwahl eingeführt, und bei den überaus meisten Kassen wird nach Einzelleistungen bezahlt. In Baden haben die Krankenkassen stets sojales Verständnis für die Lage der Ärzte befunden, und im allgemeinen höhere Honorare bezahlt wie anderwärts. Seitens der Ärzte wird streng darauf gesehen, daß der Kassenbeamte bei Abgabe des Krankenscheines dem Kassenmitglied ja keinen Vorschlag macht in bezug auf den Arzt, den das Kassenmitglied in Anspruch nehmen will. Würde ein Kassenbeamter sich einen Vorschlag in dieser Richtung erlauben und die Ärzte-Organisation würde dies erfahren, so würde gegen den Kassenbeamten eine hochnotpeinliche Untersuchung verlangt. Wo bleibt bei einem solchen Verhalten eines Arztes die „freie Arztwahl“ und die „Zuziehung desjenigen Arztes, zu dem der Erkrankte das Vertrauen hat“?

Die Redaktion bemerkt ganz richtig, daß die Kranken nicht darunter leiden dürfen, wenn eine Krankenkasse zu geringe Honorare bezahlt. Dies ist aber durchaus nicht der Fall, denn die Postkassenkasse bezahlt diejenigen Sätze, die zwischen den beidenseitigen Organisationen gegenseitig im Verhandlungswege festgelegt wurden. Natürlich werden viele Ärzte immer auf dem Standpunkt stehen, die Krankenkassen bezahlen zu niedere Honorare, und wenn dieselben noch so hoch festgesetzt werden. Wir haben erst in der letzten Freitagnummer die neuen Honorarsätze der Krankenkassen für die Ärzte ab 1. Oktober 1921 veröffentlicht. Danach erhalten die Ärzte:

- Für eine Beratung in der Sprechstunde des Arztes oder telefonische Beratung . . . 6.—
 - eine dringende Beratung außerhalb der Sprechstunde sowie für eine Beratung an Sonn- und Feiertagen und eine teleph. Beratung b. Nacht . . . 12.—
 - eine Nachberatung in der Wohnung des Arztes . . . 18.—
 - einen Besuch an der Wohnung des Kranken bei Tag . . . 12.—
 - einen Einbesuch bei Tag oder einen Sonn- und Feiertagsbesuch, der ausdrücklich verlangt wird . . . 18.—
 - einen Nachbesuch (1. 10. bis 31. 3.) 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens, 1. 4. bis 30. 9. 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens) . . . 27.—
- Außerdem werden die sog. Sonderleistungen (Operationen, Verbände usw.) extra bezahlt, und zwar nach der Bad. Gebüh-

Herrn Adolf Sezauer, eines begabten Kunstjägers, auf dessen weitere Talentproben man gespannt sein darf. Beifall lebhaft, Dichter und Darsteller mehrfach gerufen.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)
Die Neujahrsnummer des Badischen Jacob ist schon erschienen. Der Preis der Nummer ist M. 1.30. Probeummern sind jederzeit durch den Verlag J. P. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Der „Vorwärts-Almanach 1922“ ist schon erschienen (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Preis 4 M.). Der handliche ansprechende Kalender, der sich im Vorjahre bei Parteifreunden erprobte, wird auch diesmal wieder einen vollen Erfolg verzeichnen können. Denn der neue Almanach zeichnet sich bei aller Gedrängtheit des Textes durch einen reichen, auf das allgemeine Volksinteresse eingestellten Inhalt aus. Ueber alle möglichen Erscheinungen des öffentlichen Lebens wird berichtet. Neben reichem, in Tiefdruck hergestellten Bildschmuck ausgeschalteten Artikeln, lauten Beiträge unterhaltender Art: Erzählungen, Märchen, Schürren, Anekdoten, Rätsel, Berichte. Eine eigene sozialistisch gefärbte Note gewinnen neben einzelnen Beiträgen und macht das Ganze zu einem lebendigen, willkommenen Sammelwerke moderner Literatur, das recht viel gelesen werden und in keinem Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushalt fehlen sollte.

„Arbeiter-Notiz-Kalender 1922“. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 (ermäßigter Preis für Parteimitglieder 4 M. gebunden statt 4.50 M.).

Der schon erschienenen „Arbeiter-Notiz-Kalender 1922“ ist in diesem Jahr sehr reichhaltig und durch den feinen und schönen Einband zweckmäßiger ausgestattet worden, als im Vorjahre. Er wird durch einen höchst zeitgemäßen Aufsatz des Gen. Knoll über das „Siebendörfchen“ eröffnet. Die Kulturbestrebungen der Arbeiterklasse finden eine recht anerkennenswerte Würdigung durch einen Artikel über die „Volkshöhle“, deren Organisation jetzt 400 000 Mitglieder umfaßt, davon Berlin allein 150 000. Der gewerkschaftliche und politische Teil ist wesentlich ausgebaut worden. Die Mitgliederbewegung und die Finanzgebarung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften sind sorgfältig berücksichtigt. In großen eindrucksvollen Ziffern tritt überall die Fortentwicklung der Verbände des deutschen und internationalen Proletariats hervor. Neu ist in diesem Kalender ein gut durchgearbeiteter politischer und wirtschaftlicher Teil. Das Adressenmaterial aus Partei und Gewerkschaft ist ebenfalls bedeutend erweitert. Der „Arbeiter-Notiz-Kalender“ erscheint sonach unentbehrlich für männliche und weibliche Arbeiter, Angestellte, Beamte. Sein handliches Format und der geschmackvolle feste Einband macht ihn zum täglichen Gebrauch geeignet.

ren-Ordnung vom 1. Juli 1921 mit einem Aufschlag von 50 Proz. Bei diesen Sätzen wird z. B. die Allgem. Ortskrankenkasse mit rund 40 000 Mitgliedern ca. 4 000 000 M. an Ärztenkosten bezahlen müssen.

Die Krankenkassen können natürlich die ärztlichen Leistungen nicht so hoch honorieren, daß jeder Arzt, welcher Krankenpraxis treiben will, aus den Honoraren der Kassen ein handesgemäßes Leben führen kann, denn leider haben die große Masse der Ärzte nicht soviel Krankenpatienten, um die Summen aus den Kassen herauszuholen, welche eine Anzahl gutbesetzter Kassenärzte aus der Krankenpraxis erhalten. Tatsache ist, aber, daß bei den jetzigen Honoraren eine ganze Anzahl Ärzte von der Allgem. Ortskrankenkasse Karlsruhe allein für das Jahr 1920 50 000—100 000 M. beziehen. Da kann doch nicht von „ungenügender Entlohnung“ gesprochen werden? Hierzu kommt das Honorar von den Betriebskrankenkassen und von der Privatambulanz usw.

Durch den Schiedspruch vom 20. Dezember im Badischen Arbeitsministerium sind die badischen Krankenkassen verpflichtet, weit höhere Honorare zu bezahlen wie der Schiedspruch im Reichsarbeitsministerium vom 30. November und 1. Dezember für ganz Deutschland vorseht. Man würde also seitens der Ärzte gut tun, solche Unterstellungen den Krankenkassen nicht zu machen. Die Krankenkassen haben ja keinen Einfluß auf die Zulassung der Ärzte zur Krankenpraxis und wenn ein Arzt keine Kassenmitglieder behandeln will, dann müße er sich nicht auf die Kassenarztliste setzen lassen. Aber viele Ärzte sind der Meinung, die Krankenpraxis nur so nebenbei auszuüben, und nur den Patienten zu besuchen, welchen sie wollen. Dagegen muß schärfer Protest eingelegt werden, denn jedes Kassenmitglied hat das Recht, den Kassenarzt zu verlangen, welchen es will. Schade, daß die betr. Postkassierin den Namen des betr. Arztes nicht öffentlich genannt hat, damit die Kassenmitglieder sich danach richten können, und denselben für die Zukunft in Ruhe lassen.

Die Grippe-Erkrankungen

Kein Grund zur Beunruhigung. Ueber die Grippe-Erkrankungen, die z. B. in Baden grassieren, teilt die Direktion der Mannheimer städtischen Krankenanstalten auf Anfrage folgendes mit:

Wie an vielen anderen Orten Deutschlands ist mit dem vor etwa drei Wochen einsetzenden Witterungssturz neben einer großen Reihe von einfachen Erkältungskrankheiten, Lufttröhnenkatarrhen und Lungenentzündungen auch wieder eine erhebliche Anzahl von Grippe-Erkrankungen zu verzeichnen. Es muß aber ausdrücklich betont werden, daß nur ein Teil der vielen Erkältungskrankheiten als „Grippe“ zu bezeichnen abachtet werden, zur Grippe gehören, und daß man nicht berechnigt ist, jede Erkältungskrankheit als Grippe zu bezeichnen. Wie nach den Erfahrungen bei früheren Grippeepidemien zu erwarten war, hat der Infektionsstoff nicht mehr den überragenden Charakter wie beim ersten Auftreten der Grippe vor 3 Jahren, und dementsprechend verlaufen auch die Erkrankungen im großen ganzen weniger schwer als die des Winters 1918/19 und 1919/20. Immerhin sind aber auch jetzt einige Todesfälle zu verzeichnen, doch betreffen diese fast ausnahmslos ältere und geschwächte oder sonst weniger widerstandsfähige Personen. Ein Grund zur Beunruhigung für die Bevölkerung liegt nicht vor, und es hat auch bereits den Anschein, daß die Zahl der Erkrankungen im Abnehmen begriffen ist.

Weihnachtsfeier der Radfahrer

Die Weihnachtsfeier mit Kinderbesetzung des Arbeiter-Radfahrervereins im Saale der Restauration Kollenberger nahm einen überaus guten Verlauf. Lange vor Beginn der festgesetzten Zeit kamen und standen die Kleinen und Großen in den Lokalfestlichkeiten gedrängt und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Der Vorsitzende konnte in seiner Ansprache allen Spendern den Dank aussprechen für ihre Opferwilligkeit, die es ermöglichte, auch dieses Jahr unsere Kleinen trotz der enormen Luerierung mit einem Geschenk zu erfreuen. Mit dem Vortrag eines sinnigen Prologes wurde die eigentliche Feier eröffnet. Rezitationen und Gedichte der Kinder reichten sich würdig an. Ein Theaterstück „Eine Stunde Dienstmädchen“ wurde flott gegeben, ebenso fanden die von Kindern gestellten lebenden Bilder ungeteilten Beifall. Die Besetzung bewies, daß auch mit wenigem ein Kinderstübchen zu erfreuen ist. Unsere jugendliche Hauskapelle trug wesentlich zur Verschönerung der Veranstaltung bei, deren erster Teil mit einem Gesamtdor geschlossen wurde. Der Abend war dem Tanz und der Gabenverlosung gewidmet. Die Verteilung zeigte, daß wer es mit der Götin des Glückes nicht ganz verstanden hat, immer auf etwas wertvolles rechnen durfte. Ein Längchen, an dem sich Jung und Alt beteiligte, bildete den Schluß der in allen Teilen gelungenen Veranstaltung.

Die zu 4 Heften Vereinsanzeiger Wei 5 und mehr Heften Nr. 2.— die Hefte

Verbandsausgaben finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme! (Bergangsausgaben) (Spendengereine Gleichheit) Sideliterabend 7 Uhr Mitwirken bei der Weihnachtsfeier des Berggeschlechtsverbandes im „Säbinger Löwen“. Bitte um mündliche Weiterverbreitung. 7899

Karlsruhe. (Saffalita.) Heute abend 1/8 Uhr Zusammenkunft Ede Kaiser- und Wöhrnstraße zwecks Ehrung. 9 Uhr Vorstandssitzung im Lokal. 7910 Die Verwaltung.

Karlsruhe. (Volkshor-West.) Heute abend Generalprobe für Neujahrskonzert. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Durlach. (Sängerbund Vorwärts.) Sonntag den 1. Jan. 1922, vorm. punkt 10 Uhr, Zusammenkunft im „Lamm“. Vollzähliges Erscheinen ermartet 7906 Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Joh. Barth von Blankenloch, Rader hier, mit Rosa Käpp von Leipzig. Stefan Odenheimer von hier, Fabrikant hier, mit Nise Sacn von Heilbronn. Carl Schwäger von Rahr, Kaufm. in Offenburg, mit Elisabetha Böding von Nieder-Ingelheim.

Geburten. Kurt Rolf, Vater Josef Hochdörfer, Radler. Herta Mathilde, Vater Aug. Felger, Kaufm. Adolf Germann, Vater Ludw. Siegrist, fäbr. Arbeiter. Rudolf Karl Frösch, Vater Frösch, Goldmann, fäbr. Arbeiter. Rudolf Karl Frösch, Vater Frösch, Goldmann, fäbr. Arbeiter. Karl Heinz, Vater Erich Geißler, Kaufm. Fritz August, Vater Dr. Aug. Dünzler-Vannotti, Amtsrichter. Ingeborg Erna, Vater Frösch, Vorkühler, Notizenmeister. Elfriede Eina, Vater Otto Ernst, Eisen-Schaffner. Karl Josef, Vater Otto Schneider, Glaser. Maria Katharina, Vater Aug. Areß, Mechaniker. Volgar Leo, Vater Leo Wittmann, Kaufm.

Todesfälle. Johann Hadenjos, fäbr.-Arb., ledig, alt 46 J. Bernhard Braun, Sattler, Ehemann, alt 43 Jahre. Erna Hauschild, ohne Beruf, alt 17 Jahre. Karol Rapp, alt 76 Jahre, Witwe von Frösch, Rapp, Würdiger. Antonie Frey, fäbr.-Arb., alt 17 Jahre. Christian Genuiger, fäbr.-Arb., Ehemann, alt 47 Jahre. Hans Scheffel, Förster, alt 22 Jahre. Jakob Höfte, Fezzer, Witwer, alt 57 Jahre. Pauline Rappert, alt 30 Jahre, Ehefrau von Carl Rappert, Kaufm. Sofie Winkler, ohne Beruf, ledig, alt 61 Jahre. Josef Straub, Tagelöhner, Witwer, alt 75 J.

Bahnhoßwirtschaft und Vetterleßwirtschaft

Man schreibt uns: Wie Mitte v. M. durch eine Zeitungsnotiz bekannt gemacht wurde, hat die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe in letzter Zeit die erst noch zu erstellenden Bahnhoßkammern in Durlach und Baden-Baden in Beschaffung. Diese Räume werden nach den Plänen der technischen Eisenbahnbehörde in die Barteräume derart eingebaut, daß sie etwa hälftig in 1., 2., zur anderen Hälfte in 3. und 4. Klasse hineinreichen. Zunächst sind sie nicht als Vollbetriehe wie die Bahnhoßwirtschaften gedacht, da nur Getränke und kalte Speisen verabreicht werden sollen, warme Küche kommt nicht in Betracht. Beide Räume waren zur Verpachtung öffentlich ausgeschrieben und sind viel umworben gewesen. Es waren Angebote von 5000 bis 25 000 M. pro Jahr da, abgegeben von in Karlsruhe und Durlach anfassigen Fachleuten. Auch haben sich viele Leute gemeldet, die durch den Krieg unverschuldet ihre Existenz verloren haben und da vor einiger Zeit ein Erlaß der Reichsregierung herausgegeben ist, daß bei Verpachtung von Bahnhoßwirtschaften in erster Linie Kriegsbeschädigte zu berücksichtigen sind, ist den Beteiligten sowohl, wie auch anderen Leuten aufgefallen, daß sowohl der Durlacher, wie auch der Baden-Badener Ausschaustrau an Bedienstete der Karlsruher Bahnhoßwirtschaft vergeben wurden, die heute noch dort in Stellung sind und ihr gutes Einkommen haben. Die Abgewiesenen haben ein Recht zu hören, aus welchen Gründen ihre Angebote nicht in Ermägung gezogen wurden. Wie f. B. mitgeteilt wurde, sollen noch an anderen Bahnen Baden derartige Bahnhoßkammern eingerichtet werden und wenn dieselben doch so „hygienisch“ unter den Interessenten vergeben werden, so möge man gefälligst die kostspielige Komödie mit einem großartigen Ausschreiben sparen, wenn damit nur die Interessenten und die Öffentlichkeit geizt werden sollen.

Junker und Aus-Werke K. G. Karlsruhe. Die aus der gleichnamigen G. m. b. H. hervorgegangene Gründung erzielte bei 10 Millionen mit 60 Prozent eingezahltem Kapital und 15 Millionen Obligationsschuld einen Reingewinn von 717 161 M., über dessen Verwendung noch nichts bekannt ist.

Prüfung der Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten. Gegen Ende des Monats Januar 1922 findet eine Erste Prüfung der Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten statt. Anmeldungen sind bis spätestens 5. Januar beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen.

Gaunfängerfest. Der Karlsruher Sängergau veranstaltet am 14. Mai sein erstes Gaunfängerfest, zu welchem sich 34 Vereine mit 3400 Sängern gemeldet haben. Es finden zwei große Konzerte in der Festhalle statt, welche jeweils mit Massenchor ihren Abschluß finden.

Die Wagnis-Gefangenen. Die Reihe der Veranstaltungen zu Ehren der aus Wagnis entlassenen 19 deutschen Kriegsgefangenen wurde gestern mittag durch ein offizielles Mittagessen im „Rehstod“ fortgesetzt, bei dem sich die Regierung durch Minister Trunz betreten ließ. Der Leiter der Kriegsgefangenenstelle, Major a. D. Müller, dankte in einer Ansprache dem Staatsministerium für die Teilnahme. Minister Trunz antwortete in einer beifällig aufgenommenen Rede, in der er freundliche Worte der Aufmunterung an die Heimkehrer richtete und ihnen die besten Wünsche für ihre fernere Zukunft mitgab. Im Namen der evangel. und kath. Kirchengemeinden sprachen Defan Rapp und Kaplan Mündel, welche letzterer selbst längere Zeit Kriegsgefangener war. Namens der Heimkehrer dankte Kamerad F a u e n b a c h für die freundliche Aufnahme in Karlsruhe und die vielen erwiesenen Aufmerksamkeiten. Um 4 Uhr waren die Heimkehrer Gäste des Herrn Borchers im Kaffee Odeon und abends des Ministers Trunz. Heute treten die Leute die Heimreise an.

Ein Raubüberfall wurde an einem der letzten Abende in der Nähe von Gagfeld auf ein aus Stutenfee kommendes Fuhrwerk unternommen. Die Täter waren zwei etwa 22- bis 25-jährige Burschen, die auf die Insassen des Fuhrwerks schossen. Der Fuhrmann erwiderte die Revolverschüsse, wodurch die Räuber verjagt wurden.

U. Gemischter Chor Bruderkund Karlsruhe-Mühlburg. Genannter Verein begeht morgen Samstag, abends 8 Uhr beginnend, im großen Saale des „Mühlener Krug“ seine Weihnachts- und Sonnenwendfeier, verbunden mit Gesang, Theater, Christbaumverlosung und Tanz. Nachts 12 Uhr: Brezeltanz. Für Heizung ist bestens gesorgt.

Landestheater. Infolge zahlreicher Grippeerkrankungen im Personal sieht sich die Generaldirektion genötigt, den Spielplan für die laufende Woche wie folgt zu ändern. Freitag, 30., statt „Propheet“, „Fidelio“, Samstag, 31., statt „Postillon“, „Dänkel und Gretel“. Anstelle der wegen Erkrankung von Fanny Bourgeau ausfallenden Ungarischen Tänze von Brahms wird Frau Lege-Mertens in einigen Solotänzen auftreten. — In der Vorstellung von Mozarts „Zauberflöte“ am Sonntag, 1. Jan., sind einige Hauptpartien neu besetzt. Die Papagena mit Hanna Adéga, die dritte Dame mit Paula Weber und der erste Knabe mit Gabriele Bosetti. Die männlichen Reuebefugungen beziehen sich auf Wilhelm Rentwig als Tamino und Rudolf Wehrlich als Papageno. Die Oper wird von Kapellmeister Lorenz dirigiert. — Die für Montag, 2. Jan., angekündigte „Erste musikalische Abendfeier“ mußte auf Montag, 3. Jan., verschoben werden.

Valuta-Bericht vom 29. Dezember

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 2.80 Cis. Auszahlung Holland notierte etwa 68.44 M. per holl. Guld.; Schweiz notierte etwa 96.33 M. per schweiz. Fr.; England notierte etwa 790 M. per Pfd. Sterling; Frankreich notierte etwa 14.86 M. per frz. Fr.; Neupost notierte etwa 187 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 30. Dezember 1921

Meist trüb, Regensfälle, mild, auffrischende westliche Winde. Wasserstand des Rheins: Schusterinsel 90, gest. 62 Jtm. Rehl 133, gest. 14 Jtm. Magau 281, gest. 17 Jtm. Mannheim 149, gest. 10 Jtm.

Letzte Nachrichten

Das Entschädigungsamt für Kriegsschäden

Berlin, 29. Dez. Das Reichsentwädigungsamt für Kriegsschäden nimmt seine Tätigkeit am 2. Januar 1922 auf. Mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten des Reichsentwädigungsamtes wurde der Unterstaatssekretär a. D. Cronau beauftragt.

Kündigung des Kredits an die Gewerkschaften

Berlin, 29. Jan. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ erfährt, hat das Arbeitsministerium den Kredit, der der Warenverforgungsstelle der deutschen Gewerkschaften aus dem Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bewilligt worden ist und zwar in Höhe von 25 Millionen Mark, kündigen müssen, da die Voraussetzungen für einen Kredit aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht mehr gegeben seien.

Zusammenkunft sozialistischer thüringischer Minister

Berlin, 30. Dez. Wie die Blätter aus Dresden melden, findet in Weimar wiederum eine Zusammenkunft sozialdemokratischer Minister aus Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Anhalt statt, auf der die auf der Leipziger Konferenz eingeleiteten Beziehungen zwischen den sozialdemokratischen Regierungen der mitteleuropäischen Länder zu einer dauernden Arbeitsgemeinschaft zur Förderung sozialer Arbeiten in Mitteldeutschland verdinglicht werden soll.

Die bayerische Regierung und der Wiederaufbau in Oppau

Berlin, 29. Dez. (Privattelegramm.) Nach Witterungsberichten aus München hat der bayerische Ministerat beschlossen, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik zum Wiederaufbau von Oppau auf eigene Kosten rechtlich verpflichtet sei. Die freiwillige Willkürspende dürfte nicht dem Wiederaufbau der industriellen Anlagen, sondern nur der geschädigten Bevölkerung zutommen. Der

bayerische Staatskommissar für Oppau hat sich nach Berlin begeben, um dort die Stellung der bayerischen Regierung der Reichsregierung mitzuteilen.

Eine ernste Mahnung an die Eisenbahner

In Nr. 52 des „Deutschen Eisenbahner“ wird an die Eisenbahner diese recht ernste und zutreffende Mahnung gerichtet:

„Seien wir doch ehrlich: die Eisenbahner haben sehr viel zu verlieren! Wir tun es ungern, aber wir müssen doch die Frage aufwerfen: Gibt es in Deutschland eine Industrie, die ihren Arbeitern und Beamten solche Vorteile bietet als die Reichsbahn? Wenn auch gelegentlich Entlassungen erfolgen, wie selbstverständlich erscheint es jedem in der Industrie und wie viel weniger kommt das bei der Eisenbahn vor. Gewiß ist das Mitbestimmungsrecht der Bediensteten bei der Reichsbahn ein Herrbild, aber bei den Industriellen noch viel mehr. Der geltende Tarifvertrag der Reichsbahn ist gewiß kein Ideal, aber er bietet doch so unendlich viel Gutes, was man in der Industrie vergebens sucht. Alle die kleinen Vergünstigungen, die mit der Eisenbahn zusammenhängen, Freifahrt und dergleichen, wo findet man sie in der Industrie? Und vor allen Dingen: die gewerkschaftliche Macht, die in der geschlossenen Betriebsorganisation liegt, steht bei der Industrialisierung in Gefahr. Das alles sind Gründe, die für uns und auch für die G.D.E. entscheidend ins Gewicht fallen müßten. Von der Gefährdung des Berufsbeamtenums, des Achtundtags und anderer Dinge sehen wir ganz ab. Die Eisenbahner wissen kaum, was sie in ihren Verträgen und Dienstverhältnissen besitzen. Aber sie würden es recht bald erkennen, wenn erst die Industriellen — mit dem Aufräumen beginnen würden. Aber dann wäre es zu spät!“

Finanzschwierigkeiten in Italien und Oesterreich

Wien, 29. Dez. Nach einer Meldung der „Stefant“ befindet sich die Banca Italiana Disconto seit einigen Tagen in ersten Schwierigkeiten. Um der Bank die Mittel zur Rückzahlung der Depositen zu verschaffen, wurde ihr gestern von der Regierung ein Zahlungsausschub für ihre anderweitigen Verpflichtungen bewilligt. Heute mittag wurden sämtliche Filialen der Bank geschlossen. In einem Communiqué bittet die Direktion der Bank ihre Gläubiger um ein Moratorium. Die Geschäftsräume der Bank, an deren Eingängen zahlreiche Einleger-Reihen stehen, werden von Polizeibeamten überwacht.

Wien, 29. Dez. Wie die Gemeinde Wien mitteilt, ist sie nicht mehr in der Lage, den Zinsen- und Tilgungsdienst auf die Wiener Investitionsanleihe von 1902 außerhalb Oesterreichs in der bisherigen Weise fortzusetzen. Die im Januar 1922 fälligen Zinscheine und gelosten Stücke werden daher vorerst nicht zur Einlösung gelangen.

Die Unruhen in Aegypten

London, 29. Dez. Ueber das Gebiet des Sueskanals ist der Kriegszustand verhängt worden. Ein Erlaß des Oberbefehlshabers droht an, daß Menschenansammlungen durch Flugmaschinen mit Nebelbomben bekämpft werden sollen. Wenn sie auch dann sich noch nicht zerstreuen, würden sie mit Granaten beschossen werden. Die staatlichen Schulen wurden geschlossen. Die „Egyptian Mail“ sagt, daß die Woche kritisch werden wird. An vielen Straßen Kairo sind Plakate angeschlagen worden, welche die Bevölkerung auffordern, sich zu erheben und ihre Unterdrücker zu töten.

Schriftleitung Georg Schöflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Pfannkuch & Co
Sylvester
Punsche
Rum - Arrak
Burgunder
Münchener Punsche
Rückforth-Punsche
in den Preislagen
per 1/2 Flasche **70-90** Mark
per 1/2 Flasche **38-48** Mark
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.

Original-Stillung
Deutsch-Porter
Brauerei
Hoepfner
Karlsruhe

Deutsch-Porter
ist sehr nahrhaftig und appetitanregend, hat deshalb großen Anklang beim Publikum und auch den Beifall vieler Herren Aerzte gefunden.
Deutsch-Porter ist ein Stärkungsmittel für Melancholischen und Nerven.
Vielzahl wurden schon gute Erfolge bei Wöchnerinnen und kranken Müttern erzielt, weshalb Deutsch-Porter von Spezialärzten befohlen wird.
Ein Versuch wird ergeben, daß Deutsch-Porter ein ideales Mittel gegen Schlaflosigkeit ist, welches oft auch nützt, wenn andere Mittel versagen.
Deutsch-Porter ist ein sehr kräftiges, extraktreiches Bier aus hocharomatischem, eigens hierfür hergestelltem Spezialmalz, erstklassiges Tafelgetränk, Qualitätsbier für Festlichkeiten.
Zu beziehen direkt aus der
Brauerei Fr. Hoepfner
und in vielen Läden und Delikatessengeschäften.

Bekanntmachung und Einladung.
Die Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu einer öffentlichen Sitzung auf
Freitag, den 30. Dezember 1921,
nachmittags 5 Uhr,
in den großen Rathssaal dahier ergebenst eingeladen.
Der Oberbürgermeister,
J. B. Eifner.
Tagesordnung:
1. Aenderung der Fahrpreise der Straßen- und Bergbahn.
2. Werkstättengebäude der Betriebswerke.
3. Beschaffung eines Auto-Sprengwagens.
4. Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt an der Gutenbergstraße.

Gemeindeumlage 1921/22.
Wir machen darauf aufmerksam, daß die II. Hälfte der einstweiligen Gemeindeumlage (Umlagefuß 67 Pfg.) für das Rechnungsjahr 1921/22 am 2. Januar 1922 zur Zahlung fällig wird.
Ebenso ist die erste Hälfte der ergänzenden Umlage (Umlagefuß 75 Pfg.) und der volle Betrag der Kreissteuer zur Zahlung verfallen. Wir eruchen die mit der Zahlung im Rückstand befindlichen Umlagepflichtigen innerhalb 8 Tagen Zahlung zu leisten, da nur sonst genötigt wären, zum Mahn- bzw. Zwangsvollstreckungsverfahren zu schreiten.
2011
Man zahle bargeldlos durch Post- oder Banküberweisung.
Stadtverrechnung.

Kroko-Elite-Creme
erhält die farbigen Schuhe in Weichheit, Glanz u. Farbe stets wie neu. In 12 modernen Farben in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.
Kleinige Hersteller: Kautz & Nehm, chem. Fabrik, Karst. 6571

Butter-Abgabe.
In den einschlägigen Butterverkaufsstellen gelangt ab Samstag, den 31. Dezember gezeigte Butter zum Verkauf zum Preise von 26.40 Mark das Pfund. Um eine gleichmäßige Verteilung zu erzielen, erfolgt die Abgabe gegen Vorzeigen sämtlicher Protokarten.
2013
Mithamt.

Städtische Schauspiele Baden-Baden
Sonntag, den 1. Januar 1922, 8 Uhr: König Drosselbart, Außer Riete. 7 1/2 Uhr: Zum ersten Mal: Der Vetter aus Dingsda, Außer Riete. Dienstag, den 3. Januar, 7 1/2 Uhr: Gelpenster. Mittwoch, den 4. Januar, 7 1/2 Uhr: König Richard der Zweite. Donnerstag, den 5. Januar: Opernspektakel. Freitag, den 6. Januar, 7 1/2 Uhr: Vetter aus Dingsda, Außer Riete. Samstag, den 7. Januar, 7 1/2 Uhr: Zum ersten Mal: Manon Lescaut. Samstag, den 8. Januar, 7 1/2 Uhr: Der Vetter aus Dingsda, Außer Riete. 2014

Baden-Baden.
Gastotspreise.
Mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab wird der Preis für den Zeniner Gastots (Grob- oder Feinst) von 32. — M auf 45. — M ab Gastwerkshof erhöht.
2012
Betriebsamt.

Soz. Partei Baden-Baden.
Sonntag, den 1. Januar, abends 8 Uhr findet im „Badreith“ ein
Unterhaltungs-Abend
statt. — Unsere Genossinnen und Genossen, sowie Parteifreunde, sind freundlichst eingeladen.
7890
Der Vorstand.

